



Major a.D. Klaus Liebetanz



Lothar Mark, MdB

VON LOTHAR MARK, MdB, UND MAJOR A.D. KLAUS LIEBETANZ
Auf dem jüngsten NATO-Gipfel in Bukarest hat man sich offenbar auf einen „NATO-Geheimplan“ für Afghanistan geeinigt, demzufolge das Bündnis einen Ausstieg aus der Mission plane, allerdings ohne einen konkreten Abzugstermin für die NATO-Truppen zu nennen. Insider sprechen von einem „Einstieg in den

stärker als bisher der zivile Aufbau stehen. Dieser wird laut Umfragen in der afghanischen Bevölkerung auch wahrgenommen und geschätzt. Augenblicklich besteht ein Ungleichgewicht zwischen den Ausgaben des Bundeshaushalts für den zivilen Aufbau und für die militärische Absicherung in Afghanistan. Die Bundesrepublik Deutschland als viertgröß-

Hier gehen uns die Forderungen der sog. „Task Force Afghanistan“ nach einem stärkeren Gewicht auf dem zivilen Aufbau nicht weit genug, auch wenn der Ansatz richtig ist. Die Schwerpunkte des Friedenseinsatzes sollten sich noch stärker als bisher auf einen effektiven, rechtsstaatlichen Polizeiaufbau, die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Entwicklungsprojekte, den Ausbau von rechtsstaatlichen Einrichtungen (Justiz, Verwaltung etc.) und die Stärkung der Zivilgesellschaft konzentrieren. Die Afghanistan-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik, Citha D. Maass, hat sich im „Tagesspiegel“ vom 27. März 2008 dafür ausgesprochen, verstärkt „zivile Landeskenner“ einzusetzen, um den vertrauensbildenden Dialog mit Autoritäten und der Zivilgesellschaft zu stärken.

Das im September 2007 aktualisier-

Ein schlüssiges Gesamtkonzept für den Einsatz in Afghanistan ist gefordert

Ausstieg“. In der Medienberichterstattung über Afghanistan wird dabei immer wieder auch das fehlende Verständnis, insbesondere der deutschen Öffentlichkeit, für den anhaltenden Einsatz in Afghanistan genannt. Im Zentrum der Kritik steht insbesondere die Beteiligung deutscher Truppen an der US-geführten „Operation Enduring Freedom“.

Allen Beteiligten dürfte bewusst sein, dass der Ausstieg nicht innerhalb weniger Jahre, sondern nur langfristig (gefallen ist die Zahl 2015), vollzogen werden kann. Gerade deshalb brauchen wir schon heute ein schlüssiges Gesamtkonzept als Voraussetzung für die weitere deutsche Beteiligung.

Glaubwürdiges Gesamtkonzept gefordert

Vor dem Hintergrund der weiteren erforderlichen Beteiligung Deutschlands am bewaffneten Einsatz in Afghanistan scheint uns ein glaubwürdiges und schlüssiges Gesamtkonzept für die nächsten Jahre erforderlich zu sein, das sich an folgenden Kriterien orientieren sollte:

1. Im Vordergrund eines Engagements der Bundesrepublik muss

te Geberland verwendet jährlich mehr als fünf mal so viel Mittel für das Militär wie für die Entwicklungszusammenarbeit. Das Verhältnis beim rechtsstaatlichen Polizeiaufbau beträgt sogar rund 15 zu 1. Dazu die neuesten Zahlen der Bundesregierung: Während die europäische Polizeikomponente für das Kosovo ca. 1 400 Polizeibeamte umfasst, sind es nach neuesten Zahlen lediglich 217 europäische Polizeikräfte für Afghanistan. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Afghanistan 40 mal so groß wie der Kosovo ist, fällt der Anteil für Afghanistan besonders ernüchternd aus. Ohne einen effektiven rechtsstaatlichen Polizeiaufbau in Afghanistan könnten auch die gewaltigen Militärausgaben am Ende sinnlos sein.

2. Das extrem teure deutsche militärische Engagement sollte schrittweise durch den Einsatz gut ausgebildeter und motivierter afghanischer Soldaten ersetzt werden, um die frei werdenden Mittel verstärkt für den zivilen Aufbau verwenden zu können.

te Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, das als zentrale Herausforderungen des zivilen Wiederaufbaus die Stärkung politischer und staatlicher Institutionen sowie den Aufbau und die Stärkung des Justizsystems benennt, begrüßen wir. Dies gilt auch für die Anhebung der Mittel für die humanitäre Hilfe, insbesondere im Rahmen des Stabilitätspakts Afghanistan.

3. Wie auch von der „Task Force Afghanistan“ gefordert, muss der Ansatz der Mittel und deren Erfolg im Friedensprozess in regelmäßigen Abständen evaluiert und durch den Deutschen Bundestag überprüft werden.

4. Deutsche Soldaten müssen auch und gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte mit der Motivation und dem Ziel ihren Auslandseinsatz antreten, dem Frieden in der Welt dienen und dazu beitragen zu wollen, die Welt menschlicher zu machen. „Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. In dem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft

zur Festigung des Friedens bei.“ (Gaudium et Spes Nr. 79).

5. Soldaten und deutsche Bevölkerung müssen möglichst umfassend über die Lage der in Mitleidenschaft gezogenen Zivilbevölkerung (Frauen, Kinder und ältere Menschen) informiert werden und lernen, zwischen ideologisch verblendeten Terroristen oder Kriminellen und den Menschen vor Ort zu unterscheiden. Auch wenn uns bewusst ist, dass die Taliban zivile Opfer gern als „menschliche Schutzschilde“ benutzen, die propagandistisch ausgeschlachtet werden, müssen die Soldaten noch stärker daran arbeiten, unschuldige Zivilisten nicht zu Schaden kommen zu lassen oder gar zu töten. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel darf auch in gefährlichen Situationen nie aus den Augen geraten. Hier ist auch eine gute psychologische Betreuung vor Ort erforderlich. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die seit Sommer 2007 geltende Befehlslage für ISAF und OEF, die Maßnahmen zur weiteren Vermeidung ziviler Opfer beinhaltet.
6. Die Soldaten müssen heute Beschützer, Helfer und Vermittler (WB S. 81) sein, wobei die Tätigkeit des Beschützers folgerichtig einschließt, kämpfen zu können und notfalls auch kämpfen zu wollen. Die militärische Absicherung der humanitären Hilfe und des zivilen Aufbaus ist unabdingbar, da die unbewaffneten humanitären Helfer sonst der Willkür bewaffneter, krimineller Elemente ausgeliefert sind. Die Koordination zwischen humanitären Helfern und dem Militär muss weiter verbessert werden.

Erfreulicherweise konnten im Haushalt 2008 durch das Engagement der zuständigen Berichterstatter mit 35,7 Mio Euro für den Polizeiaufbau in Afghanistan die Mittel fast verdreifacht werden. Damit sollen im Rahmen der europäischen Polizei-Mission „EUPOL Afghanistan“ u.a. 195 afghanische Polizisten und Trainer als Sicherheitskräfte ausgebildet werden, die anschließend als Polizei-Ausbilder zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Anforderungen an Deutschland kann der weitere Einsatz deutscher Soldaten unserer Meinung nach nur dann verantwortet werden, wenn ein zielführendes

Gesamtkonzept für die nächsten Jahre vorgelegt wird. Klare Vorgabe muss ein sich selbst tragender Friedensprozess sein, der eine stärkere Konzentration auf den zivilen Aufbau und die humanitäre Hilfe ermöglicht, ohne dass die militärische Absicherung des Friedensprozesses vernachlässigt wird. Damit würde endlich der seit langem geforderte „Strategiewechsel“ eingeleitet.

Auch die US-Armee muss ihre Aktivitäten – weg vom Konzept des reinen Anti-Terror-Kampfes – im Süden stärker auf den zivilen Aufbau konzentrieren, denn darin waren sich Regierungs- und Oppositionsparteien bei der Afghanistan-Debatte im Deutschen Bundestag am 21. Februar 2008 einig: Der Krieg in Afghanistan kann nicht militärisch gewonnen werden.

Eigener Haushaltstitel des Auswärtigen Amtes für Friedenskonsolidierung

Nach dem Prinzip Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit sollte im Haushalt des Auswärtigen Amtes möglichst bald ein eigener Titel **Friedenskonsolidierung** eingerichtet werden, aus dem schnell und unbürokratisch alle notwendigen Maßnahmen für eine nachhaltige Friedenspolitik finanziert werden können. Dafür schlagen wir die Einrichtung eines ressortübergreifenden „Arbeitsstabs Friedenskonsolidierung“ beim Auswärtigen Amt vor, in den die beteiligten Ministerien für Verteidigung (BMVg), wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Justiz (BMJ) und Inneres (BMI), Vertreter entsenden. Leider scheitert bei der Friedenskonsolidierung die dringend notwendige Mittelvergabe für sinnvolle Projekte häufig an den rigiden Vorgaben der Bundesregierung!

Mit der Schaffung eines einheitlichen Titels für die Friedenskonsolidierung beim Auswärtigen Amt könnten die Abstimmung, die Koordination und der schnelle Einsatz der Mittel künftig erleichtert werden.

Lothar Mark, MdB, ist Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für den Haushalt des Auswärtigen Amtes, Major a.D. Klaus Liebetanz ist Fachberater für Katastrophenmanagement im Auftrag des Auswärtigen Amtes und langjähriges Mitglied des Bundeswehrverbandes.